



Brüssel, den 11. September 2024
(OR. en)

13185/24

**Interinstitutionelles Dossier:
2024/0212(BUD)**

FIN 767

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	12870/24 (COM(2024) 325 final)
Betr.:	Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Italien, Slowenien, Österreich, Griechenland und Frankreich im Zusammenhang mit sechs Naturkatastrophen im Jahr 2023 – <i>Billigung</i>

1. Die Kommission hat dem Rat am 27. August 2024 einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zusammen mit dem entsprechenden Vorschlag für eine Mittelübertragung (Nr. DEC 08/2024¹) übermittelt.

¹ Dok. 12871/24.

2. Ziel des Vorschlags ist es, den Solidaritätsfonds der Europäischen Union in Höhe eines Gesamtbetrags von 1 028,54 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und Mitteln für Zahlungen in Anspruch zu nehmen, einschließlich Vorauszahlungen in Höhe von 231,78 Mio. EUR, die wie folgt bereitgestellt werden sollten:
- 446,64 Mio. EUR zur Unterstützung Italiens nach den Überschwemmungen, die im Mai 2023 durch extrem heftige Regenfälle in der Region Emilia-Romagna (378,83 Mio. EUR), einschließlich des Betrags von 94,71 Mio. EUR als Vorauszahlung, und im Oktober und November 2023 in der Region Toskana (67,81 Mio. EUR) verursacht wurden,
 - 428,41 Mio. EUR zur Unterstützung Sloweniens nach den Überschwemmungen, die im August 2023 durch starke Regenfälle im ganzen Land verursacht wurden, einschließlich des Betrags von 100 Mio. EUR als Vorauszahlung,
 - 5,20 Mio. EUR zur Unterstützung Österreichs nach den Überschwemmungen, die im August 2023 durch starke Regenfälle in seinen südlichen Regionen verursacht wurden,
 - 101,53 Mio. EUR zur Unterstützung Griechenlands nach den Überschwemmungen, die im September 2023 durch den Mittelmeersturm „Daniel“ an mehreren Standorten in Zentralgriechenland, insbesondere in der Region Thessalien, verursacht wurden, einschließlich des Betrags von 25,38 Mio. EUR als Vorauszahlung, und
 - 46,76 Mio. EUR zur Unterstützung Frankreichs nach den Überschwemmungen, die im November 2023 durch starke Regenfälle in der ehemaligen Region Nord-Pas-de-Calais verursacht wurden, einschließlich des Betrags von 11,69 Mio. EUR als Vorauszahlung.
3. Der Haushaltsausschuss hat den Vorschlag in seiner Sitzung vom 10. September 2024 geprüft und konnte ihn billigen.
4. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht, seine Zustimmung zum Wortlaut des Beschlusses über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union in der Fassung des Dokuments 13186/24 zu bestätigen.
-